

Positionspapier der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin, 25.08.2025

Menschenwürdige Unterbringung statt Notunterkünfte – Berlin kann mehr!

Menschen fliehen vor Krieg, Terror und Verfolgung – auch nach Berlin. Der brutale Überfall Putins auf die Ukraine hat die größte Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Als weltoffene Metropole und Hauptstadt Deutschlands trägt Berlin eine besondere Verantwortung, Geflüchteten Schutz zu bieten und ihre Grundrechte zu garantieren. Diese Verpflichtung ist tief in unserer Geschichte und unseren Werten verwurzelt. Das Grundgesetz, die Genfer Flüchtlingskonvention und andere internationale Abkommen sind Lehren aus den dunkelsten Kapiteln unserer Vergangenheit. In den letzten Jahren haben Senat, Bezirke, soziale Träger und unzählige engagierte Bürger*innen in Berlin Großes geleistet, um das Ankommen geflüchteter Menschen zu ermöglichen. Doch die Herausforderungen bleiben enorm.

Der schwarz-rote Senat jedoch agiert nach dem Prinzip „Aus den Augen, aus dem Sinn“. Statt gemeinsam mit den Bezirken und der Zivilgesellschaft nachhaltige Lösungen zu schaffen, beschränkt er sich auf die Organisation von Notunterkünften. Was als Ausnahme gedacht war, wird zunehmend zur Regel – und führt zu wachsender Unzufriedenheit in der Gesellschaft. Das darf nicht so bleiben! Berlin kann und muss mehr leisten. Gelungene Integration beginnt mit Teilhabe und Partizipation direkt in den Nachbarschaften. Sie ist der Schlüssel für ein friedliches Zusammenleben in unserer Stadt. Der Senat muss die Bezirke bei dieser Herausforderung wirksam unterstützen, bedarfsgerecht und mit einem interdisziplinären Ansatz. Wir Bündnisgrünen stehen bereit, Verantwortung im Land wie in den Bezirken zu übernehmen.

Mit unserem Fünf-Punkte-Plan für Unterbringung und Teilhabe zeigen wir konkrete Lösungen auf, die Berlin jetzt braucht.

1. Dezentrale Unterbringung statt Massenunterkünfte

Die Massenunterkunft auf dem ehemaligen Flughafengelände Tegel entstand nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zunächst als Drehkreuz und später als provisorische Notlösung, um geflüchtete Menschen kurzfristig unterzubringen und sie dann umgehend auf das Bundesgebiet zu verteilen. Doch heute, mehr als zwei Jahre nach dem Regierungswechsel, ist aus dieser Notlösung die prekärste, menschenunwürdigste und zugleich teuerste Unterbringung in ganz Deutschland geworden. Wenn es nach der Berliner CDU geht, bleibt das auch so: Sie wollen Massenunterkünfte wie die in Tegel und Tempelhof weiter ausbauen,

anstatt endlich gemeinsam mit den Bezirken konsequent alle Möglichkeiten für eine dezentrale Unterbringung zu nutzen. Getreu dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn“. Wir halten das für unverantwortlich!

Angesichts der aktuellen außenpolitischen Situation glauben wir nicht, dass Tegel kurzfristig aufgelöst werden kann. Aber der Senat muss endlich alles tun, um die Zustände in Tegel zumindest erträglicher zu gestalten. Klar ist: Von Tegel aus ist ein Ankommen in unserer Gesellschaft kaum zu schaffen.

Wir haben lange eine Exit-Strategie für Tegel gefordert, einen Stufenplan, der Tegel wieder auf das zurückschrumpft, was es ursprünglich sein sollte: ein Ankunftszenrum. Wir begrüßen, dass die Sozialsenatorin das nun umsetzen will. Damit das gelingt, müssen aber die dezentrale Unterbringung endlich konsequent vorangetrieben und Standorte in den Bezirken schneller realisiert werden. Freiwerdende Mittel aus dem teuren Betrieb der Massenunterkunft in Tegel müssen stattdessen in die Anmietung und den Bau dezentraler Unterkünfte fließen. Nur so schaffen wir menschenwürdige Lebensbedingungen und entlasten die Geflüchteten so wie die Stadt Berlin.

Doch eine dezentrale Unterbringung allein reicht nicht aus. Es braucht auch den Ausbau der sozialer Infrastruktur sowie bedarfsgerechter Betreuungsangebote in den Bezirken. Der Senat muss seinen Ankündigungen endlich Taten folgen lassen. Angesichts der unhaltbaren Zustände in Tegel ist es fahrlässig, die Verlängerung bestehender Mietverträge in Hostels zu verzögern oder andere Mietoptionen zu verschleppen.

Jede Möglichkeit, Tegel bis zur geplanten Schließung schrittweise zu verkleinern, muss genutzt werden – und zwar jetzt. Gleichzeitig müssen die Lebensumstände in Tegel dringend verbessert werden – und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirk Reinickendorf. Besonders vulnerable Gruppen wie Frauen, queere Geflüchtete und Kinder brauchen mehr geschützte Räume. Die Gesundheitsversorgung, insbesondere für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen, muss deutlich verbessert werden. Zudem muss der Zugang zu Bildung sichergestellt werden: Kinder müssen so schnell wie möglich aus der isolierten Schule auf dem Gelände in reguläre Schulen der Umgebung wechseln können. Tegel muss zudem für Geflüchteten-Hilfsorganisationen zugänglicher und offener werden. Nur durch Transparenz und die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure können die Missstände vor Ort wirksam angegangen und die Versorgung der Geflüchteten verbessert werden. Jeder weitere Tag, den Menschen unter diesen unwürdigen Bedingungen verbringen müssen, ist ein Tag zu viel.

Das gilt auch für die Massen-Notunterkunft am ehemaligen Flughafen Tempelhof. Nach drei Jahren des Betriebs von Containern in den Hangars gibt es noch immer keine medizinische Grundversorgung. Die Enge der Container, der ständige Lärm und die Unruhe haben erhebliche Auswirkungen auf die Psyche der Menschen, die dort untergebracht sind. Ziel muss es deshalb sein, die Container so schnell wie möglich abzubauen und durch modulare Holzbauten als Wohnhäuser zu ersetzen. Sie haben eine höhere Wohnqualität, sind aber auch nachhaltig wirtschaftlicher. Berlin hat die Mittel und die Möglichkeiten, es besser zu machen – jetzt ist die Zeit zu handeln.

2. Bauen, Kaufen, Leerstand nutzen – Container sind keine Dauerlösung

Wir haben das Containerprogramm 2.0 unterstützt, weil es rasch dezentrale Unterbringungsplätze schafft. Container sind aber nur als temporärer Ersatz vorgesehen. Wo immer möglich, geht der Bau regulärer Unterkünfte vor. Wir erwarten, dass der Senat Container in diesem Sinne nutzt, anstatt durch Containerdörfer den Bau von Unterkünften und Wohnungen zu verhindern.

Drei konkrete Vorschläge, wie wir dauerhaft Unterkünfte und Wohnungen schaffen können statt noch mehr Provisorien:

Wir schlagen vor, Containerdörfer zur Vorerschließung von Potenzialflächen für den Wohnungsbau zu nutzen.

Planungsphasen für Baufelder können Jahre in Anspruch nehmen – Containerdörfer auf der anderen Seite kurzfristig errichtet und abgebaut werden. Das wollen wir nutzen. Die Prüfung von Naturschutzbelangen, aber auch die Erschließung, kann so noch in der Planungsphase realisiert werden. Bestehende Containerdörfer sollen bis zum tatsächlichen Baubeginn genutzt werden können und die Flächen erst für andere Zwecke freigegeben werden, wenn deren Finanzierung gesichert ist. Das Beispiel des Containerdorfes in der Alfred-Randt-Straße zeigt, wohin das voreilige Leerziehen führt: in den Leerstand. Das Bezirksamt Treptow-Köpenick musste den Senat drängen, das Containerdorf weiterhin für die Unterbringung von Geflüchteten zu nutzen, anstatt es leer stehen zu lassen. So viel Kurzsichtigkeit des Senats kann sich Berlin nicht leisten.

Gleichzeitig stehen mehr als eine Million Quadratmeter Büroflächen in Berlin leer. Wir wollen den **Büroleerstand nutzen**: Eine Umnutzung von Büroflächen ermöglicht die Eröffnung von Gemeinschaftsunterkünften auch dort, wo es keine Freiflächen gibt. So können auch kleinere Einheiten für spezialisierte Nutzungen ertüchtigt werden. Insbesondere besonders vulnerable Gruppen sollen dezentral in überschaubaren Unterkünften versorgt werden. Aber auch hier gilt: Ankommen und ein gutes Miteinander vor Ort funktionieren nur mit einer entsprechenden Infrastruktur und Angeboten für alle, die da wohnen und wohnen sollen. Das gilt insbesondere für Großunterkünfte wie die geplante Gemeinschaftsunterbringung in der Kreuzberger Hasenheide. 1500 Geflüchtete werden dort in ehemaligen Büroetagen unterkommen. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg unterstützt die Unterkunft in der Hasenheide. Es braucht aber endlich eine verbindliche Finanzierungszusage vom Senat für die soziale Infrastruktur und Angebote nicht nur in der Unterkunft selbst, sondern auch im Sozialraum.

Kaufen statt mieten: Die Mietpreise für Hostels und ehemalige Hotels, in denen der Senat Geflüchtete unterbringen möchte, sind massiv angestiegen. Wir fordern daher dringend, auch **Kaufoptionen zu prüfen und dort zu nutzen, wo sie finanziell vorteilhaft sind**. Der Senat muss endlich nachhaltiger mit Steuergeldern umgehen. Schon bei der Anmietung des ehemaligen Hotels East Berlin in Lichtenberg wurde eine Kaufoption nur mit Verzögerung in Erwägung gezogen – obwohl Transaktionskredite solche Ankäufe ermöglichen, ohne den Landeshaushalt zu beanspruchen. Es gibt weitere solcher Kaufoptionen in den Bezirken. Sie würden zugleich den Immobilienbestand des Landes erhöhen und schnellere, nachhaltige Lösungen für die Unterbringung von Geflüchteten bieten, insbesondere in dicht besiedelten Stadtteilen.

Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) ist für die Unterbringung Geflüchteter und auch für die Akquise neuer Unterkünfte zuständig. Tatsächlich ist diese wichtige Behörde aber so schlecht ausgestattet, dass Unterbringungsmöglichkeiten, die die Bezirke vorgeschlagen hatten, vom LAF verworfen wurden. Aktuell hat das LAF nicht einmal die Kapazitäten, auch nur kleinere Umbau- oder Reparaturmaßnahmen zu beauftragen, geschweige denn selbst durchzuführen. Die Behörde muss dringend in die Lage versetzt werden, in Zusammenarbeit mit der BIM und den kommunalen Wohnungsunternehmen Unterkünfte herzurichten – und perspektivisch Gemeinschaftsunterkünfte, wo möglich, auch in reguläre Wohngebäude umzuwandeln.

Derzeit hat die Behörde allerdings so unattraktive Arbeitsbedingungen und eine dementsprechend so hohe Fluktuation von Personal, dass erst einmal der reguläre Betrieb gesichert werden muss. Dazu gehört auch, temporäre Beschäftigungspositionen schnellstmöglich in reguläre Stellen umzuwandeln, und die Anwerbung von neuem Personal zu forcieren.

3. Endlich anpacken: Senatskommission zur Unterbringung von Geflüchteten

Geflüchtete dezentral unterzubringen funktioniert allerdings nur, wenn Schwarz-Rot die Bedürfnisse der Menschen in den Bezirken endlich ernst nimmt. Leider gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen dem Senat und den Bezirken zunehmend problematisch. Vor Ort macht sich das Gefühl breit, dass der Senat die Bezirke bei der Teilhabe von Geflüchteten allein lässt. Das darf sich beim angekündigten MUF 3.0-Programm nicht wiederholen. Gemeinsam wollen wir diese Situation ändern.

Zur besseren Koordination der Vorhaben wollen wir, angelehnt an die Wohnungsbaukommission Berlins, eine interdisziplinäre **Senatskommission für die Unterbringung von Geflüchteten** einrichten. Senatsverwaltungen und die jeweils betroffenen Bezirke müssen endlich an einem Tisch Projekte gemeinsam realisieren. Die Task Force Geflüchtete bei SenASGIVA allein ist dieser Aufgabe nicht gewachsen. Die Wohnungsbaukommission hat in enger Abstimmung mit dem Senat über Jahre konkrete Neubauziele erarbeitet, Projekte besprochen und die jeweiligen Probleme gelöst. Die Unterbringungskommission soll daran angelehnt mögliche Standorte auf ihr Potenzial prüfen und klären, welche soziale und verkehrliche Infrastruktur jeweils vor Ort nötig ist.

Planungs-, denkmalschutz- und baurechtliche Fragestellungen müssen frühzeitig erkannt und angegangen werden. Die Kommission soll daher alle relevanten Ressorts zusammenbringen und gemeinsam mit den jeweiligen Bezirken standortspezifisch Verbesserungen für die lokale Infrastruktur identifizieren und umsetzen. Dazu gehört insbesondere auch der Ausbau von Kita- und Schulkapazitäten in der Umgebung. Schulcontainer im Containerdorf kann es nur zeitlich befristet und für das Deutschlernen in der allerersten Phase geben. Kinder gehören in die Schulen.

4. Starke Bezirke, starke Nachbarschaften. Soziale Infrastruktur als Schlüssel

Für Ankommen und gutes Zusammenleben braucht es umfassende soziale und integrative Angebote, Beratung, eine gesicherte Gesundheitsversorgung, genügend reguläre Schulplätze in den umliegenden Schulen sowie eine gut funktionierende Verkehrsanbindung. Für die, die schon dort wohnen und für die, die dort wohnen sollen.

Unter den vorherigen rot-rot-grünen und rot-grün-roten Regierungen wurden für jedes Projekt Mittel für die soziale Infrastruktur und Integrationsprojekte bereitgestellt. Initiativen und Nachbarschaften wurden frühzeitig mit einbezogen. Diese elementare Einbeziehung wurde beim neuen Wohncontainerprogramm offensichtlich nicht berücksichtigt. Sowohl die Menschen in der Nachbarschaft als auch die Geflüchteten selbst brauchen frühzeitige Informationen und klare Beteiligungsangebote in Zusammenarbeit mit Initiativen vor Ort. Alle beteiligten Senatsverwaltungen sind in der Pflicht, Antworten auf Fragen der sozialen Infrastruktur, Sicherheit und Versorgung bereits vor der Inbetriebnahme einer Unterkunft zur Verfügung zu stellen.

In Lichtenberg plant der Senat an fünf Standorten neue Unterkünfte, davon allein drei in Hohenschönhausen – einem Stadtteil, dem es ohnehin schon an Infrastruktur mangelt. Ein Ausbau der sozialen Infrastruktur ist dabei nicht vorgesehen. Die Verantwortung des schwarz-roten Senats darf nicht bei der Bereitstellung von Betten enden. Es braucht eine enge Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Lichtenberg, um die Kapazitäten in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales und ÖPNV auszubauen. Dass der Senat bislang keine verbindlichen Finanzierungszusagen gemacht hat, ist unverantwortlich.

Die Bezirke erhalten derzeit ausschließlich über Sonderprogramme Gelder für Integration. Seit der Senat die Verteilung der Gelder aus dem Integrationsfonds an sich gezogen hat, haben die Bezirke auch keinen Einfluss mehr auf deren Verteilung. Die SPD-Landesvorsitzenden haben deshalb schon vor längerem die Einführung

einer sogenannten **Gemeinschaftspauschale** vorgeschlagen. Allerdings greift der Vorschlag einer einmaligen Pro-Kopf-Prämie zu kurz. Die Bezirke benötigen eine strukturelle Unterstützung statt Einmalzahlungen. Es müssen zusätzliche Mittel für Integrationsangebote in den Bezirkshaushalten verstetigt werden.

Damit rund um Unterkünfte die Nachbarschaft funktioniert, braucht es außerdem eine echte Beteiligung der Anwohnenden. Wir schlagen vor, **nach dem Vorbild der Stadt Hamburg, Bürgerverträge zwischen Bezirk, Senat und lokalen Initiativen abzuschließen**. In Hamburg ist es dem rot-grünen Senat gelungen, durch solche Vereinbarungen, die verbindlich festlegen, welche Infrastruktur jeweils nötig ist, funktionierende Nachbarschaften rund um Unterkünfte aufzubauen. Solche Bürgerverträge sorgen dafür, dass nicht mehr über das Ob, sondern über das Wie von Unterbringung im Bezirk diskutiert wird.

5. Zugang zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt ist der Schlüssel

Menschen wollen ihr Leben selbst gestalten und in die Hand nehmen – das gilt auch für Geflüchtete. Doch die Prozesse der Integration dauern oft viel zu lange. Neben dem Spracherwerb und dem Zugang zu Infrastruktur sind vor allem der Arbeits- und Wohnungsmarkt von elementarer Bedeutung. Gleichzeitig haben wir es mit einem eklatanten Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel zu tun, der sich durch die demografische Entwicklung noch verschärfen wird. Wir können es uns nicht mehr leisten, Menschen jahrelang frustriert in Warteschleifen zu halten oder gut ausgebildete Fachkräfte aus ihren Herkunftsländern hier nur mit niedrig qualifizierten Tätigkeiten zu beschäftigen. Berlin muss alle landespolitischen Möglichkeiten ausschöpfen, um Geflüchtete so schnell wie möglich in Arbeit und Ausbildung zu bringen – unabhängig von ihrer Bleibeperspektive.

Um die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern braucht es regelmäßig Fachtage zur Arbeitsmarktintegration für Geflüchtete und Sozialarbeiter*innen aus den Unterkünften. Gleichzeitig sprechen wir uns für Jobcenter-Tage in den Unterkünften aus, also Beratungen vor Ort. Dabei können die Sozialarbeiter*innen Vorarbeit leisten, indem sie die individuellen Fachkenntnisse oder Bedarfe an Nachqualifikation dokumentieren und in der Folge gemeinsam mit Arbeitsvermittler*innen passgenaue Strategien zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt entwickeln.

Bei allem Unterbringungsnotstand dürfen wir nie das Hauptziel aus den Augen verlieren: Menschen mit Wohnungen zu versorgen. Wohnungsbau steht für uns daher immer vor Containerbau. Container dürfen den Bau von MUFs oder Wohnungen nicht verzögern. Insbesondere Containerdorf-Standorte, die nach aktuellen Senatsplanungen erst ab Mitte 2026 realisiert werden, wollen wir überprüfen. Konkret soll beispielsweise geprüft werden, ob der Container-Standort am Blumberger Damm zu einem echten Wohnstandort entwickelt werden kann und dort Wohnungen von einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft errichtet werden können.

Unser Leitbild sind gemischte Wohnprojekte wie das Integrationswohnprojekt ToM „Tolerantes Miteinander“ der DEGEWO. Gemeinsam mit dem Internationalen Bund (IB) wurde hier ein Wohnprojekt für alle Berliner*innen geschaffen, bei dem die Hälfte der Wohnungen an geflüchtete Menschen mit Bleibeperspektive ging. **Wir unterstützen ausdrücklich, wenn Bezirke ihren Anteil an Unterbringung für Geflüchtete leisten, indem sie mit Wohnungsbaugesellschaften Kontingente vereinbaren und so von Beginn an für gemischtes Wohnen sorgen.**

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg baut beispielsweise am Standort Alte Jakobstraße/Franz-Künstler-Straße neben 350 bis 400 Mietwohnungen auch 300 Unterbringungsplätze als MUF. 75 experimentelle Unterbringungsplätze und weitere Wohnungen sind im Rahmen des Modellprojektes „Wohnen für Geflüchtete“ geplant. Sie sind für statusgewandelte Geflüchtete mit Bleibeperspektive und WBS gedacht, die somit nach dem Auszug aus einer Unterkunft in ihrem Umfeld bleiben können. Soziale Infrastruktur wie Kita, Räume für Ge-

werbe und soziale Einrichtungen sowie attraktive Grün- und Aufenthaltsflächen werden hier von Beginn an mitgedacht und mitgeplant. So fördert der Bezirk den sozialen Zusammenhalt.

Seit einigen Jahren besteht in Tempelhof-Schöneberg für eine Gemeinschaftsunterkunft eine Vereinbarung zwischen der Gewobag und dem Internationalen Bund. Hierin verpflichtet sich die Gewobag, Wohnungen an geflüchtete Menschen zu vermieten. Im Gegenzug verpflichtet sich der IB dazu, diese neuen Mieter*innen ein Jahr lang zu begleiten. So werden sprachliche und sonstige Hürden der Verständigung überwunden. Diese Vereinbarung hat Vorbildcharakter bei der Wohnungsmarktintegration und sollte als Vorlage für andere Vereinbarungen an anderen Standorten dienen.

Darüber hinaus wollen wir die Wohnsitzverpflichtung für Asylbewerber*innen beenden, wenn Möglichkeiten der privaten Unterbringung vorhanden sind. Wenn Teile der Familie bereits in Berlin leben und Möglichkeiten der Unterbringung haben, wollen wir dem nicht im Wege stehen. Das spart Steuergeld und ist auch eine Wertschätzung der Menschen, die oft unter hohem Aufwand Platz in ihren Wohnungen für geflohene Familienmitglieder schaffen.